

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 79 (1961)
Heft: 26

Artikel: Zur Förderung der Natur- und Ingenieurwissenschaften in Deutschland
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-65559>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Siedlung enthält in drei Blöcken insgesamt 24 Einzimmerwohnungen (70 bis 107 Fr./Monat), 11 Zweizimmerwohnungen (100 bis 102) sowie sieben Garagen und zwei Vierzimmer-Wohnungen. Zur Finanzierung wurden die zukünftigen Mieter herangezogen. Die Anteilscheine betrugen 1500 Fr. bis 2500 Fr., je nach Wohnung. Die Bruttorendite erreicht 5,25%.

Beim Ausbau der Wohnungen wurde ganz besonders darauf geachtet, dass jede Wohnung die selbe vorteilhafte Kü-

chenausrüstung erhielt. Die Böden hat man besonders stark isoliert und darüber fast durchwegs Kork- und Holzparkett verlegt. Jede Wohnung besitzt eigenes Bad mit Wanne oder Dusche, und jede Wohnung ist am Telefonnetz angeschlossen. Grosse Bastelräume sind vorhanden. In einem Zwischenbau steht allen Mietern ein gemeinsamer Aufenthaltsraum mit Kochnische für Tee und Kaffee zur Verfügung. R. F.

Fortsetzung folgt

Zur Förderung der Natur- und Ingenieurwissenschaften in Deutschland

Vorbemerkung der Redaktion. Wir veröffentlichen die nachstehende Entschliessung des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine (nachfolgend mit «Verband» bezeichnet), weil dieser Vorstoss Probleme betrifft, die auch bei uns bestehen.

*

Der Vorsitzende des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine, Bundesminister Professor Dr. S. Balke, gab auf der Jahresversammlung des Deutschen Verbandes am 17. Mai 1961 in Düsseldorf die nachstehende Entschliessung des Vorstandes nebst Begründung bekannt. Die Versammlung, durch welche 64 wissenschaftliche Gesellschaften mit insgesamt 170 000 Ingenieuren, Chemikern und Physikern ihren Willen bekunden, billigte einstimmig diese Entschliessung, die dem Bundeskanzleramt zugeleitet worden ist.

Entschliessung des Verbandes zur Förderung der Natur- und Ingenieurwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland:

Der Verband hält es für dringend erforderlich, dass die politischen Instanzen der Bundesrepublik die bisherigen Massnahmen und Einrichtungen zur Förderung der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschung in allen Stufen ergänzen und ordnen.

1. Der Verband ist der Ansicht, dass dies die Gründung einer neuen Institution im staatlichen Bereich erfordert, die die Erfahrungen der bisher bestehenden Einrichtungen, Organisationen, Bundes- und Länderressorts nutzt und zweckmässiger zusammenfasst.

2. Der Verband hält eine solche Einrichtung nur dann für arbeitsfähig, wenn sie die erforderlichen Zuständigkeiten und haushaltsrechtlichen Möglichkeiten im Rahmen eines Bundesministeriums oder einer gleichrangigen Einrichtung besitzt.

3. Der Verband will mit diesen Vorschlägen dazu beitragen, dass in der Bundesrepublik das vorhandene natur- und ingenieurwissenschaftliche Potential verantwortlich und repräsentativ an nationalen und internationalen Aufgaben beteiligt werden kann, dass die Verwaltungspraxis bei der Förderung des Potentials einen möglichst hohen Wirkungsgrad erreicht, und dass die Anforderungen des Staates und der Wirtschaft an die Natur- und Ingenieurwissenschaften im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung erfüllt werden können.

Der Verband bittet die Bundesregierung, in diesem Sinne tätig zu werden.

Für den Vorstand des Verbandes

gez.: Dr.-Ing. H. Kost Prof. Dr.-Ing. H. Schenck
Prof. Dr.-Ing. E. Wiberg

Begründung:

Die Bedeutung der Natur- und Ingenieurwissenschaften für die Existenz und die Entwicklung einer Nation ist heute allgemein anerkannt. Die personellen und materiellen Aufgaben und Aufwendungen zur Förderung dieser Wissenschaften und ihrer Anwendung haben im privaten und öffentlichen Bereich einen Umfang angenommen, der eine Koordination der verschiedenen Anstrengungen zwingend erfordert. Alle Nationen, die in diese unaufhaltsame Entwicklung ein-

bezogen sind, versuchen in den letzten Jahren verantwortliche universale Institutionen zu errichten oder haben sie bereits geschaffen, die die Bemühungen um die naturwissenschaftliche und technische Entwicklung zusammenfassen. Historische und strukturelle Gründe bedingen bei uns ein Neben- und manchmal sogar Gegeneinander staatlicher Notwendigkeiten und tatsächlicher Verhältnisse. Die hieraus entstehenden Nachteile wiegen um so schwerer, als sich die Bundesrepublik nach zwei Weltkriegen unter sehr schweren Startbedingungen wieder in den inzwischen erreichten Stand der Natur- und Ingenieurwissenschaften einfügen musste.

Die Gründe, die einer besseren Koordination in der Bundesrepublik entgegenstehen, beruhen vor allem in der Furcht vor einer staatlichen Planung und Lenkung der Forschung und vor einer zentralistischen Verwaltungspraxis. Sie sollten in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Der Verband ist aber der Meinung, dass sich eine koordinierende Einrichtung in einer organisatorischen Form finden lässt, die die volle Freiheit von Forschung und Lehre und der Entwicklung der Wissenschaften ermöglicht. Er ist überzeugt, dass eine stärkere Beteiligung bestehender Selbstverwaltungsorganisationen die Koordinierung erleichtert.

Die erfreuliche und wünschenswerte Vielfalt der staatlichen und privaten Institutionen und Organisationen in Bund und Ländern hat in der Förderung der reinen und angewandten Forschung zweifellos in den letzten Jahren Erfolg gehabt. Dies ist durch Zuschüsse der öffentlichen Hand für Schwerpunkte der Entwicklung besonders wirksam gestaltet worden. Es fehlt aber eine Einrichtung, die die Erfordernisse und Möglichkeiten der einzelnen Wissenschaften in einem grossen Rahmen zusammenfasst, intern abstimmt und gegebenenfalls innen- und aussenpolitisch verwertet. Die teils aus verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Gründen erzwungene, teils durch die Praxis entstandene Komplikation in der Förderung der Forschung wirkt erschwerend und vertuernd auf alle Massnahmen und Pläne, die den einzelnen Wissenschafts- und Forschungsgebieten zugute kommen sollen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird in steigendem Masse auf Grund ihrer internationalen Verpflichtungen und der sozialen Entwicklung gezwungen sein, mit ihren Kräften hauszuhalten und sie nach Möglichkeit zu steigern. Natur- und Ingenieurwissenschaften beruhen zunehmend auf internationaler Zusammenarbeit und gegenseitigem Erfahrungsaustausch. Hierdurch werden wissenschaftliche und materielle Mittel sinnvoller genutzt und Arbeiten an Forschungsprojekten ermöglicht, deren Umfang die Kräfte und die Verantwortung einzelner Gelehrter, wissenschaftlicher Fachsparten und den nationalen Rahmen übersteigt.

Die Bundesregierung verfügt über kein Organ, das in wissenschaftlichen und Forschungsfragen auf internationaler Basis die deutschen Interessen unmittelbar, rasch, wirksam und verantwortlich vertreten kann. Der Verband befürchtet, dass nicht wiedergutzumachende Schäden für die Zukunft der Bundesrepublik entstehen, wenn die Gründung einer solchen zusammenfassenden Institution noch länger hinausgeschoben wird. Der Verband als Vertreter der deutschen technisch-wissenschaftlichen Vereine aller Fachrichtungen erwartet, dass die politischen Instanzen der Bundesrepublik diese Frage aufgreifen und eine organisatorische Lösung finden, die den Erfordernissen des Staates und der Wissenschaft entspricht.